

tarisierung Westdeutschlands viele mit tiefer Sorge. Man stellt die Frage: Wie zügeln wir die Militaristen? Hierauf erwartet die Bevölkerung von der Nationalen Front eine klare Antwort.

Daß Wirkungsbereichsausschüsse davor zurückweichen, als politisches Organ in Erscheinung zu treten, zeigte sich im Wirkungsbereich 6. Der Genosse Ratsvorsitzende sollte dort in einer Einwohnerversammlung sprechen. Zwischen dem Ausschußvorsitzenden und dem Ratsvorsitzenden war vorher der Ablauf der Versammlung beraten und als Thema die Erläuterung des Gesetzes über die Erweiterung der Rechte der örtlichen Organe der Staatsmacht festgelegt worden. Obgleich der Ausschußvorsitzende das Thema kannte, ließ er auf die Einladung drucken, daß ein „Ausspracheabend stattfindet“, bei dem „folgende Kommissionen anwesend sind“, und dann wurde aufgeführt „Wohnungskommission, Sozialkommission, Rat des Stadtbezirks und Berliner Volkseigene Wohnungsverwaltung“. Mit Bleistift war dann hinzugefügt: „Es spricht der Ratsvorsitzende.“ Dieser Mangel, daß Funktionäre ihre politische Hauptaufgabe nicht sehen, zeigt sich auch im Wirkungsbereichsausschuß 5. Der Vorsitzende gab die Tagesordnung bekannt, die von der Versammlung angenommen wurde. Danach jedoch sagte der Vorsitzende: „Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, wird der Abgeordnete Grünhagen einige Ausführungen zum Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht machen.“ Natürlich gab es Proteste aus der Versammlung, weil das gegen die Gepflogenheiten einer Versammlung verstößt. Nach einigen erklärenden Worten folgten die Teilnehmer hier wie auch im Wirkungsbereich 6 sehr aufmerksam den Ausführungen über das Gesetz. In der Diskussion wurde jedoch in beiden Versammlungen nicht auf das Gesetz eingegangen, weil es nicht zum Hauptthema gemacht worden war.

Diese Praxis ist in den Ausschüssen der Nationalen Front noch nicht überall überwunden. Wenn sie eine Versammlung vorbereiten, überlegen sie sich nur, welche wirtschaftliche oder soziale Frage die Bürger interessiert, und diese wird dann allein auf die Tagesordnung gesetzt. Oder es wird so gemacht: Im Wirkungsbereich 6 schreibt man einfach, daß Vertreter der Wohnungskommission, des Rates des Stadtbezirks und der Berliner Volkseigenen Wohnungsverwaltung anwesend sind, die die Fragen der Bürger beantworten werden. Auf diese Weise wird die politische Verantwortung der Ausschüsse der Nationalen Front herabgemindert. Sie treten nur noch als Institution auf, die von Zeit zu Zeit den Bürgern die Möglichkeit schafft, ihre persönlichen Belange den Vertretern des Staatsapparates vorzutragen. Die Staatsfunktionäre können dann oft nicht politisch auftreten. In Diskussionen, bei denen die Bevölkerung nur ihre privaten Wünsche und Forderungen vorbringt, die oft gar nicht in diesem Rahmen geklärt werden können, fällt es den Staatsfunktionären sehr schwer, aus dieser Art der Sprechstunden eine politische Versammlung zu machen. Natürlich soll in den Versammlungen auch auf solche Fragen eingegangen werden. Sie müssen aber vor allem dazu dienen, mit der Bevölkerung zu beraten, wie die Aufgaben im Wohngebiet gelöst werden können. Die Bevölkerung ist an den Fragen des Arbeiter-und-Bauern-Staates interessiert und hört gern etwas darüber in den Versammlungen. Das heißt nun nicht, daß man einfach irgendein trockenes Thema auf die Tagesordnung setzen kann, sondern man muß sich sehr gut überlegen, mit welchem Thema die Bürger für die Versammlungen zu interessieren sind. Ständiges Prinzip muß sein, daß im Thema wirklich das zum Ausdruck kommt, was nachher in der Versammlung auch behandelt wird.;